

## Rezension: Wertpluralismus ohne Relativismus: Entscheiden im Angesicht unvereinbarer Imperative

Clemens, Mario

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Clemens, M. (2022). Rezension: Wertpluralismus ohne Relativismus: Entscheiden im Angesicht unvereinbarer Imperative. [Rezension des Buches *The Problem of Value Pluralism: Isaiah Berlin and Beyond*, von G. Crowder]. *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 13(1-2), 341-347. <https://doi.org/10.3224/zpth.v13i1-2.20>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

# Wertpluralismus ohne Relativismus

Entscheiden im Angesicht unvereinbarer Imperative

Mario Clemens\*

Crowder, George, 2021: *The Problem of Value Pluralism. Isaiah Berlin and Beyond*, New York.

Als König Kreon ein Dekret erlässt, das die Bestattung von Polyneikes verbietet, sieht sich dessen Schwester Antigone vor die schwierige Wahl gestellt, ob sie dem königlichen Gesetz folgen oder ihren Bruder bestatten soll. Antigone folgt ihrem Gewissen und ihrem Glauben, nimmt eine symbolische Bestattung vor und stellt sich dann den Konsequenzen ihres bewussten Gesetzesbruchs.

Die meisten Leserinnen und Leser von Sophokles Drama werden wohl mit Antigones Entscheidung sympathisieren; in diesem konkreten Fall scheint es richtig, dem eigenen Gewissen den Vorzug vor dem Gesetz zu geben. Wie aber steht es um die abstrakte Frage, ob im Konfliktfall den geltenden Gesetzen oder den individuellen Wertüberzeugungen der Vorzug zu geben sei? Wer nun erwidern möchte „es kommt darauf an...“ befindet sich bereits im Zentrum von George Crowders jüngster Veröffentlichung, die sich mit der Schwierigkeit auseinandersetzt, im Konfliktfall zwischen Werten zu entscheiden, die sich nicht pauschal in eine Hierarchie einordnen lassen. Freiheit, Demokratie, Sicherheit, Gesundheit – diese und weitere solcher ultimativer menschlicher Werte lassen sich nicht in eine überzeugende abstrakte Rangordnung bringen, die wir dann bei einer konkreten Wertekollision als Entscheidungshilfe heranziehen könnten. Allerdings – und das ist die Pointe von Crowders *The Problem of Value Pluralism* – folgt daraus nicht, dass Entscheidungen zwischen konfligierenden Werten willkürlich erfolgen müssen. Im konkreten Fall kann es durchaus gute Gründe geben, einem bestimmten Wert (etwa der Sicherheit im Falle der Ausbreitung eines potentiell tödlichen Virus) mehr Gewicht zu geben, als einem konkurrierenden (etwa der Freiheit).

George Crowder, emeritierter Professor an der australischen Flinders Universität, hat sich früh auf Isaiah Berlin und dessen Idee des Wertpluralismus spezialisiert. Wertpluralismus besagt hier, dass es eine Vielzahl von Werten gibt, die regelmäßig miteinander in Konflikt geraten, zwischen denen sich jedoch keine allgemeine Hierarchie aufstellen lässt, da sie jeweils einen einzigartigen und daher unvergleichlichen Beitrag zum menschlichen Glück leisten. Crowder hat nahezu sein gesamtes Forscherleben dem

\* Mario Clemens, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)  
Kontakt: clemens@europa-uni.de

Ausbuchstabieren der bei Berlin oft nur angedeuteten (und zum Teil missverständlich formulierten) Implikationen dieser Idee gewidmet.

Auch *The Problem of Value Pluralism* beginnt im ersten Kapitel mit der Rekapitulation dieser Grundidee (vgl. Crowder 2021: 11 ff.), wobei Crowder sich in den anschließenden Kapiteln mit verschiedenen Autorinnen und Autoren auseinandersetzt, denen allen gemeinsam ist, dass sie (oft im expliziten Anschluss an Berlin) Antworten auf die durch die Grundannahme des Wertpluralismus aufgeworfenen Fragen anbieten; allen voran die Frage, wie informierte Entscheidungen möglich sind, wenn inkommensurable – also nicht mittels eines verbindlichen Maßstabs miteinander zu vergleichende und gegeneinander abzuwägende – Werte miteinander im Konflikt stehen.

Das zweite Kapitel ist der Idee gewidmet, dass es so etwas wie „great goods“ (ebd.: 43 ff.) gibt, Güter beziehungsweise Werte, die für das menschliche Wohl von zentraler Bedeutung sind und die sich von weniger zentralen (und entsprechend weniger universalen) Gütern unterscheiden lassen. Gelänge es eine verbindliche Liste von Gütern beziehungsweise Werten zu identifizieren, die für das menschliche Wohlergehen grundsätzlich von zentraler Bedeutung sind (auch wenn die konkreten Betonungen zwischen verschiedenen Zeiten, Orten und Situationen variieren), hätte dies den Vorteil, das Problem des Wertpluralismus quantitativ zu begrenzen. Dann wäre klar, welche Werte aus wertpluralistischer Sicht zunächst einmal gleiche Berücksichtigung verdienen und auf welche Werte dies nicht zutrifft. Auch wenn Crowder der Möglichkeit einer solchen verbindlichen Auswahl gegenüber skeptisch bleibt (vgl. ebd.: 58 ff.), sieht er Martha Nussbaums Grundbefähigungen (*central capabilities*) als den bis heute vielversprechendsten Entwurf an (vgl. ebd.: 62).

Wichtig für Crowder ist an dieser Stelle aber, dass das Problem des Wertpluralismus durch einen solchen Ansatz zwar greifbarer und im Gesamtumfang reduziert wird, dass es damit aber noch keineswegs verschwindet (vgl. ebd.: 60). Ein Beispiel, das Crowder selbst nicht anführt, verdeutlicht dies: Mit Blick auf Impfungen gegen das Coronavirus ist leicht zu sehen, wie zwei von Nussbaums Grundbefähigungen, körperliche Gesundheit (*bodily health*), und körperliche Unversehrtheit (*bodily integrity*) (vgl. Nussbaum 1999: 235), miteinander im Konflikt stehen können, zum Beispiel im Falle einer Impfpflicht.

Im dritten und vierten Kapitel wendet sich Crowder der Frage zu, ob dem Problem des Wertpluralismus durch den Rückgriff auf spezifische Kontexte beizukommen ist. Crowder prüft und verwirft verschiedene Vorschläge (zum Beispiel Kontext der eigenen Biographie, kultureller Kontext) und kommt schließlich zu dem Schluss, dass am ehesten noch der Verweis auf den historischen Kontext weiterhilft. Einerseits schließt der Wertpluralismus per Definition die Bevorzugung einer bestimmten politischen Ideologie aus, da keinem Wert (wie der Freiheit im Liberalismus oder dem Bewahren gewachsener Strukturen und Normen im Konservatismus) pauschal der Vorzug gegeben werden kann. Andererseits ist damit nicht ausgeschlossen, dass unter spezifischen historischen Bedingungen einer bestimmten Form der Organisation des Gemeinwesens eine Überlegenheit zugesprochen werden kann. In diesem Sinne sieht Bernard Williams, wie Crowder ausführt, den Liberalismus als die unter den Bedingungen der Moderne einzig

valide Form der politischen Organisation (vgl. Crowder 2021: 94). Crowder pflichtet Williams bei, dass die vom Liberalismus ins Zentrum gerückten Werte der Freiheit und Autonomie erst unter den Bedingungen der Moderne an Relevanz gewinnen, insofern erst jetzt die ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen vorliegen, die diese Werte für die Menschen bedeutsam machen. Schlussendlich verwirft Crowder aber Williams These, dass der Kontext der Moderne automatisch allein den Liberalismus nahelege, indem er auf China und andere asiatische Staaten verweist, deren politische Systeme eindeutig nicht dem Liberalismus verpflichtet sind, die aber nichtsdestotrotz als Teil der Moderne gesehen werden müssen (vgl. ebd.: 111).

Hier ließe sich natürlich einwenden, dass die Existenz illiberaler Regime und Williams Aussage, der Liberalismus sei die unter Bedingungen der Moderne einzig legitime Form politischer Organisation, sich durchaus in Einklang bringen ließen; die bloße Existenz einer bestimmten Form politischer Organisation sagt ja noch nichts über den Grad ihrer Legitimität aus. Crowders Argument fußt hier allerdings auf der Annahme, dass die Bevölkerungen der fraglichen asiatischen Staaten individuelle Freiheit hintanstellen, um Werte zu genießen, die für sie von höherer Bedeutung seien, wie etwa gesellschaftliche Harmonie (vgl. ebd.: 111).

Nach der ausführlichen Diskussion verschiedener Ansätze, die Crowder allenfalls teilweise überzeugend findet, wendet er sich ab dem fünften Kapitel konzeptionellen Ansätzen zu, denen er die meiste Überzeugungskraft attestiert. Die Idee ist dabei folgende: Wenn das Problem des Wertpluralismus darin besteht, dass sich ultimative Werte nicht pauschal in eine Rangordnung bringen lassen, wir aber in konkreten Fällen, in denen solche Werte in Konflikt geraten, dennoch begründete Entscheidungen treffen wollen, dann brauchen wir zumindest eine grobe Orientierung. Und eine solche Orientierung können, den konzeptionellen Ansätzen zu Folge, Prinzipien bieten, die sich mittels logischen Schlussfolgerns aus dem Konzept des Wertpluralismus selbst ableiten lassen.

Ein erstes Prinzip, das Crowder auf diese Weise aus dem Konzept des Wertpluralismus ableitet, ist das Prinzip der Vielfalt beziehungsweise Wertediversität (*value diversity*). Das Argument betont zwei zentrale Annahmen des Wertpluralismus. Erstens die Inkommensurabilität von für den Menschen zentralen Werten, die die prinzipielle Gleichwertigkeit dieser Werte impliziert. Zweitens die Annahme, dass sich – insbesondere in individuellen Lebensentwürfen, aber auch in vielen, Menschen einschließenden Lebensformen – immer nur eine Auswahl dieser Werte (zum Teil) realisieren lässt. Aus dem Verbund dieser beiden Annahmen ergibt sich ein wertpluralistisches Argument für Diversität. Wenn die verschiedenen ultimativen Werte je für sich einen Wert besitzen, jedoch nicht alle von den gleichen Personen (oder Lebensformen) realisiert werden können, so ist es ein Gewinn, wenn durch die Vielfalt der Lebensentwürfe zugleich eine Vielfalt von realisierten ultimativen Werten entsteht. Demnach sind Bedingungen vorzuziehen, unter denen möglichst viele solcher ultimativen Werte realisiert werden können.

Aus der Annahme der Inkommensurabilität, die eine prinzipielle Gleichwertigkeit aller ultimativen Werte nahelegt, ergibt sich weiterhin, dass es besser ist eine Balance zwischen einer Vielfalt von Werten zu ermöglichen, als wenigen oder einzelnen Werten

Priorität gegenüber allen anderen Werten einzuräumen. Daraus ergibt sich für Crowder ein Argument für den Liberalismus. Zwar ist es richtig, dass der Liberalismus nicht neutral ist und durchaus nicht alle denkbaren Werte in gleicher Weise fördert oder auch nur einschließt. Allerdings ist der Liberalismus in dieser Hinsicht relativ gesehen die beste Wahl. „The best that can be achieved is a political structure that is more accommodating than its rivals, and that is what is provided by liberalism“ (ebd.: 138).

Im folgenden sechsten Kapitel nutzt Crowder seinen konzeptionellen Ansatz, um die Form von Liberalismus weiter zu spezifizieren, die ihm zufolge durch das Konzept des Wertepluralismus nahegelegt wird. Dabei ist er sich im Klaren, dass die Form von Liberalismus, für die er sich auf der Basis seiner werterepluralistischen Überzeugung einsetzt, durchaus seinen Preis hat. Hier ist allerdings zu sehen, dass dies aus werterepluralistischer Perspektive auf ausnahmslos alle politischen Ordnungen zutrifft, da diese einigen ultimativen Werten den Vorzug vor anderen, für das menschliche Wohlergehen aber nicht weniger zentralen, Werten geben. „The only question is how far a proposed ranking answers to fundamental pluralist concerns“ (ebd.: 162).

Hier lohnt es sich kurz innezuhalten. Crowder geht davon aus, dass aus pluralistischer Sicht niemals behauptet werden kann, dass einem Wert wie Autonomie immer und überall der Vorzug vor einem anderen fundamentalen Wert, wie Toleranz, eingeräumt werden kann. Das impliziert erst einmal, dass verschiedene politische Ordnungen, mit ihren je eigenen Werteprioritäten, gleichermaßen begrüßenswert sind. Ungeachtet dieses ehernen Grundsatzes des Wertepluralismus, lassen sich nach Crowder allerdings dennoch Werte identifizieren, denen im Regelfall der Vorzug zu geben ist, weil sie dem im Konzept selbst enthaltenen grundlegenden Anliegen des Wertepluralismus näher sind als andere.

In diesem Sinne tritt Crowder für einen Liberalismus ein, der die persönliche Autonomie gegenüber der Toleranz vor kulturellen Minderheiten betont. Crowder führt verschiedene Argumente für diesen, von ihm festgestellten, herausgehobenen Wert der Autonomie an. Ein zentrales Argument, das sich erneut aus dem Konzept des Wertepluralismus selbst ergibt, ist, dass der Wertepluralismus den Einzelnen zwangsläufig vor schwere Entscheidungen stellt, da Werte sich nicht schon von vornherein in einer Hierarchie befinden, die der Entscheiderin bzw. dem Entscheider im Konfliktfall anzeigen würde, welchem Wert der Vorzug zu geben ist. Was wir in diesen Situationen brauchen, um zu guten (wenn auch prinzipiell mit Kosten verbundenen) Entscheidungen zu kommen, ist die Fähigkeit eigenständig und kritisch nachzudenken, kurz: persönliche Autonomie (vgl. ebd.: 155).

Nach Crowder lassen sich weiterhin Affinitäten zwischen Wertepluralismus und Demokratie einerseits und Wertepluralismus und Kompromiss andererseits ausmachen. Dem Nachweis dieser beiden Verbindungen ist Kapitel sieben gewidmet. Insofern es sich bei Demokratien um Systeme handelt, die einer Vielfalt an Stimmen die Möglichkeit geben gehört zu werden, fördern diese eine Vielfalt an Werten und damit ein implizites Prinzip des Wertepluralismus. Dieser konzeptionelle Link zwischen Wertepluralismus und Demokratie muss, laut Crowder, jedoch präzisiert werden. Wo Demokratie in der Durchsetzung des Willens der Mehrheit besteht, sind die Werte der unterlegenen Minder-

heit in Gefahr, was aus werteppluralistischer Sicht ein Problem darstellt. „Liberal forms of democracy, which respect the rights of individuals and minorities, are consequently closer to realizing pluralist diversity than is mere majoritarianism“ (ebd.: 187).

Was Kompromisse betrifft, sieht Crowder wieder mehrere Argumentationsstränge, mit denen sich Kompromiss und Wertepluralismus logisch verbinden lassen. Die direkteste Verbindung ist diese: Wertepluralisten haben keinen Grund einen ultimativen Werte höher zu bewerten als andere solcher Werte. Daher werden sie, in einem Fall, wo zwei oder mehr dieser Werte miteinander in Konflikt geraten, vor Lösungen zurückschrecken, die einem Wert gegenüber allen anderen einseitig den Vorzug geben. Vielmehr werden sie versuchen eine Lösung anzustreben, die alle relevanten Werte graduell berücksichtigt, wenngleich es oft gute Gründe geben wird, einen oder einzelne Werte stärker zu berücksichtigen als andere. In jedem Fall wird das Ergebnis eher ein Kompromiss sein als die kompromisslose Durchsetzung eines einzelnen Wertes auf Kosten aller anderen.

Lässt sich das Problem des Wertepluralismus (wie in konkreten Situationen, in denen zwei oder mehr Werte miteinander in Konflikt stehen, entschieden werden soll, wenn keine allgemeine Werte-Rangordnung zur Verfügung steht) also jedes Mal einfach durch einen Kompromiss lösen? Hier ist zunächst zu sagen, dass in diesem Fall immer noch das Problem einer angemessenen Gewichtung zwischen den Werten bestehen bliebe. Schwerer aber wiegt, dass es Fälle geben kann, wo ein Kompromiss nicht angezeigt ist. Das bekannteste Beispiel für das, was Avishai Margalit einen „faulen Kompromiss“ (*rotten compromise*) (vgl. ebd. 2021: 185) nennt, ist das Münchner Abkommen von 1938. Hier wäre eine kompromisslose Haltung von Großbritannien und Frankreich gegenüber Hitler angezeigt gewesen.

Crowder diskutiert Margalits Konzept der „faulen Kompromisse“ als Vorschlag eine klare Grenze zwischen solchen Kompromissen zu ziehen, die wünschenswert sind, und solchen, auf die das nicht zutrifft und die unbedingt vermieden werden sollten. Crowder verwirft Margalits Vorschlag als zu eng. Unter das Ausschlusskriterium „fauler Kompromiss“ fielen bei Margalit lediglich jene extremen Fälle, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit einschließen (vgl. ebd.: 187). Das findet Crowder unbefriedigend, denn: „There could be a compromise which did not involve inhuman treatment or complicity with an inhuman regime but which was still undesirable“ (ebd.: 187). Crowder zeigt nun auf, wie jene Prinzipien und Konzepte, von denen er zuvor gezeigt hat, dass sie konzeptionell mit der Idee des Wertepluralismus verbunden sind, als Kriterien dienen können, mit denen sich die Grenzen wünschenswerter Kompromisse aufzeigen lassen. „The limits of compromise are best captured by the principles of value diversity, personal autonomy, and inclusive democracy“ (ebd.: 188). Kompromisse, die eines oder mehrere dieser Prinzipien gefährden, erscheinen aus werteppluralistischer Sicht als problematisch. Wo sie nicht schlicht verworfen werden, bedürfen sie – so lässt sich, der Logik Crowders folgend, ergänzen – zumindest der besonderen Rechtfertigung.

Im letzten und achten Kapitel setzt sich Crowder mit der Frage auseinander, welche rechtsstaatlichen Strukturen der Wertepluralismus nahelegt. Erneut seinem konzeptionellen Ansatz folgend, identifiziert Crowder insbesondere die Gewaltenteilung als zentrale,

durch den Pluralismus nahegelegte Institution. Außerdem zeigt er auf, wie sich die Institution des *judicial review* – also die kritische Prüfung von durch die demokratisch gewählte Legislative erlassenen Gesetzen durch die nicht demokratisch gewählte Judikative – aus wertpluralistischer Sicht gegen Kritiker wie Jeromy Waldron verteidigen lässt. Das Kapitel endet mit einer ausgesprochen spannenden, weil sehr nah an der konkreten politischen Praxis verlaufenden Auseinandersetzung mit der Arbeit von politischen Entscheidungsträgern, die regelmäßig zum Dilemma-Management gezwungen sind, wenn sie sich den Forderungen zweier starker Imperative (zum Beispiel Arbeitsplatzertreu versus Klimaschutz) ausgesetzt sehen, die schwer miteinander in Einklang zu bringen sind.

Das zentrale Argument von *The Problem of Value Pluralism* ist, dass das Konzept des Wertpluralismus sich bei genauerer Betrachtung als keine bloße Beschreibung eines empirischen Tatbestands erweist – im Sinne einer einfachen Feststellung einer Vielfalt von zentralen Werten, die regelmäßig miteinander in Konflikt stehen –, sondern darüber hinaus normative Anteile aufweist. Diese Normen lassen sich nach Crowder am besten freilegen, indem die logischen Implikationen des Konzepts des Wertpluralismus aufgezeigt werden. Mittels dieser Normen soll es dann möglich sein, Lösungen für das durch den Wertpluralismus aufgeworfene zentrale Problem aufzuzeigen, wie in konkreten Fällen zwischen miteinander in Konflikt stehenden Werten entschieden werden kann, wenn doch prinzipiell gilt, dass die ultimativen Werte inkommensurabel sind und daher nicht in eine permanente Rangordnung gebracht werden können.

Gegen dieses Argument lassen sich zwei zentrale Einwände erheben. Zum einen ließe sich fragen, ob die Idee des Wertpluralismus empirisch überhaupt stichhaltig ist. Falls dem nicht so wäre, würde auch kein Problem des Wertpluralismus und folglich kein Bedarf, dieses zu lösen, bestehen. In diesem Sinne könnten Kritiker fragen, ob es nicht doch einen zentralen menschlichen Wert (wie den Nutzen der Utilitaristen) gibt, dem die anderen Werte nachgelagert sind und der folglich als Kriterium dienen kann, um die übrigen Werte jeweils in eine Ordnung zu bringen; zum Beispiel, indem gefragt wird, ob in einem fraglichen Fall Freiheit den größten Nutzen für die größte Zahl an Betroffenen verspricht oder ob diese nutzenmaximierende Funktion hier umgekehrt der Sicherheit zukommt. Crowder räumt ein, dass er seine zentrale Prämisse, die Existenz des Wertpluralismus, nicht beweisen kann (wie sollte ein solcher Beweis auch aussehen?). Allerdings hält er die Vorstellung, es könne einen, für alle übrigen Werte als Maßstab fungierenden, ‚Super-Wert‘ geben, für hochgradig unplausibel. „The evidence of experience suggests strongly that there is no such super-value and that the picture of human values presented by pluralists is indeed correct“ (ebd.: 218).

Ein weiterer Einwand gegen Crowder (mit dem er sich in dem hier besprochenen Buch nicht auseinandersetzt) zielt auf seinen Stil des Philosophierens. In seinem etwa zeitgleich mit *The Problem of Value Pluralism* erschienenen Buch, *The Philosophy of Isaiah Berlin*, beklagt sich Jonny Lyons über die seiner Meinung nach in der analytischen Philosophie vorherrschende unfruchtbare Art des Philosophierens. Die vieldiskutierte Frage, ob Isaiah Berlins Liberaler Pluralismus möglicherweise eine widersprüchliche Position

sei, weil der Pluralismus durch seine These der Inkommensurabilität nicht mit einer, einen bestimmten Wert ins Zentrum stellenden politischen Ideologie – in dem Fall dem Liberalismus mit seiner Betonung der Freiheit – vereinbar sein könne, diese Frage hält Lyons letztlich für unfruchtbar. Denn der in dieser Diskussion regelmäßig erhobene Vorwurf der Inkonsistenz lasse sich, so Lyons, nur aufrechterhalten, „if we allow ourselves to believe, wrongly, that deductive reasoning provides a critical perspective on Berlin’s political thought“ (Lyons 2020: 120). Wer mit Aristoteles, den Lyons an dieser Stelle als Gewährsmann anführt, der Ansicht ist, dass je nach Gegenstand unterschiedliche Arten des Argumentierens und Schlussfolgerns gefragt sind, und dass es zum Beispiel problematisch ist, logische Beweise, die in der Mathematik ihre Gültigkeit haben, auf das Feld der Rhetorik zu übertragen (vgl. ebd.: 119), der wird auch Crowders Beweis der konzeptionellen Verknüpfung von Wertepluralismus und Liberalismus kaum überzeugend finden beziehungsweise bestreiten, dass aus dem logischen Nachweis irgendetwas Substantielles folgt. Denn, wie Lyons (2020: 119) meint: „The assertion that the laws of necessity and entailment are decisive or even apply in some morally consequential way within the field of practical philosophy is to betray a staggering ignorance of the subject.“

Mir scheint, dass sich kaum pauschal entscheiden lässt, welche dieser beiden Sichtweisen des Philosophierens (jene Crowders oder jene Lyons) überzeugender ist. Allerdings wirken Crowders Ausführungen in der Tat mitunter blutleer und ihr praktischer Nutzen wird nicht immer deutlich, zumal er die Relevanz seiner Ausführungen kaum je an empirischen Beispielen demonstriert. Eine wohlthuende Ausnahme ist hier Crowders Rekurs auf die Arbeit von Thacher und Rein, die gängige Praktiken untersuchen, mit denen Institutionen Konflikte zwischen ultimativen Werten bearbeiten (vgl. Crowder 2021: 210–213).

*The Problem of Value Pluralism* stellt die bis heute umfassendste und klarste Darstellung des Problems dar, wie begründete Entscheidungen zwischen konfligierenden Werten möglich sind, wenn eine abstrakte Randordnung von ultimativen Werten ausgeschlossen ist. In der einschlägigen Literatur, in der diese Art analytische Probleme diskutiert werden, wird das Buch daher sicherlich zum zentralen Referenzwerk werden. Diejenigen, die an greifbaren Empfehlungen interessiert sind, wie in schwierigen Entscheidungen zu klugen Urteilen zu gelangen ist, werden die Diskussionen dagegen – von den erwähnten Ausnahmen abgesehen – oft zu abstrakt finden und den Einbezug der Perspektiven derjenigen vermissen, die mit konkreten Entscheidungsdilemmata konfrontiert sind.

## Literatur

- Crowder, George, 2021: *The Problem of Value Pluralism*. Isaiah Berlin and Beyond, New York.
- Lyons, Jonny, 2020: *The Philosophy of Isaiah Berlin*, 2. Auflage, London.
- Nussbaum, Martha, 1999: Women and equality. The capabilities approach. In: *International Labour Review* 3, 227–245.